

er schöpfen kann, falls der Gesetzentwurf über die Grundwert-  
abgabe, der im Reichstage abgelehnt wurde, endgültig fallen sollte.

Also wenn die Mittel nicht reichen, um auch den  
höheren Beamten die Aufbesserung zukommen zu lassen,  
dann sollen — nach dem Wunsche des liberal-freimüthigen  
„Fränk. Kur.“ — auch die mittleren Beamten und Be-  
diensteten nichts erhalten, um ja den höheren Beamten  
keine „Kränkung“ zuzufügen. Das ist der unver-  
fälschte liberale Standpunkt, der dem, der viel hat,  
immer noch mehr geben will, und der den famosen Stand-  
punkt vertritt: bekommt der hohe Beamte nichts, so soll  
auch der mittlere Beamte und der Bedienstete nichts be-  
kommen. In einem weiteren Artikel derselben Nummer  
gibt das freimüthige Organ seiner Freude darüber Ausdruck,  
dass „unsere Reichsversammlung rege, kräftige Lebenszeichen  
in den letzten Tagen von sich gegeben hat.“ Und warum?  
Man höre: weil sie durch die Ablehnung des Gesetzes betr.  
die Grundwertabgabe dem Finanzminister und dem Landtag  
ein Mittel aus der Hand geschlagen hat, um die Auf-  
besserung der Beamten und Bediensteten durchzuführen.  
Dabei freut sich der „Fränk. Kur.“, der früher nicht  
milde wurde, das Zentrum zu verdächtigen! So sieht die  
Liberalen Fürsorge für die Beamten und Bediensteten aus!

Ein wenig günstiges Urteil über Südwestafrika fällt  
Amtsrichter Dr. Hanemann von Mannheim, der 3 Jahre  
lang als Richter und Bezirkskommissar in dieser Kolonie  
tätig war. Die Ansiedler, die gegenwärtig in Berlin sind,  
haben diese Kolonie als sehr günstig für die Viehzucht ge-  
rühmt. Dr. Hanemann sieht nicht so rosig in die Zukunft,  
wie man aus einigen seiner Urtheile schließen kann. Die  
Stätte ist fast ohne Niderdränge. Bis 150 Kilometer ins  
Land hinein bildet sie einen Wüstenstreifen ohne Vegetation,  
der mittlere Teil der Kolonie, Tamara- und Kamaqualand,  
ist das Kernland, auf das die Anbauer ihre Hoffnung setzen.  
Aber die Bewässerung ist unzureichend. Der Boden eignet  
sich von Natur aus nicht zum Ackerbau. „Der Beruf eines  
Landwirthes wird in Südwestafrika niemals eine Rolle spie-  
len.“ Araber und Engländer haben daher das Land ver-  
schmäht. Die Ansiedler der Rindviehzucht sind besser,  
dürften aber auch nicht überdacht werden. Lebendes Vieh  
durch den Wüstenstreifen an die Küste zu befördern, ist nicht  
ausführbar ohne große Verluste. So kann die Kolonie nur  
eine Zukunft haben, wenn ihre mineralischen Bodenschätze  
erschlossen werden. Eisen, Blei u. v. w. würden, auch wenn sie  
in reichem Maße vorhanden wären, nicht mit Vorteil ge-  
wonnen werden können. Abbaumwürdig wären nur Mine-  
ralien, die relativ hoch im Preise stehen, also nur Gold und  
Kupfer und wenn in der Nähe vorhanden — auch Kohle.  
Das Vorkommen von Kupfer ist an verschiedenen Stellen  
nachgewiesen. Kleine Goldmüden sind auch gemacht worden.  
Die Regierung hat aber bisher sehr wenig getan, diese  
Lebensfrage einer gesunden Kolonie zu erschließen. „In  
geologischer und mineralischer Beziehung liegt die Kolonie  
trotz der Mühe, die sie in den letzten Jahren fast durchweg  
gekostet hat, noch so unerforscht wie zuvor da.“

Der Mängelbeutel des Reichs v. Mirbach geht  
bereits wieder um und diesmal wünscht der Oberhofmeister  
nicht nur kein Kupfer und Nickel, sondern auch kein Silber!  
Nur Gold und Papiergeld soll ihm gegeben werden! Er  
hat auch einen guten Vorwand für seine Sammlung ge-  
funden. Im Jahre 1905 feiert das Kaiserpaar seine sil-  
berne Hochzeit. Der eifrige Oberhofmeister benützte  
dieses und schrieb wie eine Ministerialinstanz an die Ober-  
präsidenten Erlasse über eine zu veranstaltende Sammlung,  
welche diese amtlich an die Landräthe und diese wieder an die  
nachgeordneten Stellen weitergeben. Das Ministerium  
ideint in der Sache übergegangen worden zu sein und der  
Oberhofmeister hat durch mit den preussischen Behörden ver-  
kehrt. In diesen Erlässen werden die Behörden aufgefodert,  
in ihren Bezirken Beiträge zu sammeln, welche zur  
Ausdämmung der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche zu ver-  
wenden und am Tage der silbernen Hochzeit des Kaiser-  
paares diesen zu übergeben sind. Der Oberhofmeister  
schreibt an die Präsidenten, dass sämtliche Spender in ein  
besonderes Buch eingetragen werden sollen, und dies Buch  
wird beiden Majestäten persönlich vorgelegt werden. Die-  
ser denkkwürdige Wink hat nur dann Wert, wenn in ihm die  
Voraussetzung liegt, dass die Regierungskassen, welche die  
längsten Wüsten herbeibringen, wohlwollende Anerkennung  
finden und wenn die Geber mit wehrstähligen Büchern ent-  
sprechend belohnt werden. Febr. v. Mirbach schließt ge-  
radezu die größten Massen des Volkes bei dieser Volks-  
spende aus! In einem seiner Erlasse, welche von oben an  
die Landräthe gehen, bittet er ausdrücklich, „kleinere Sam-  
lungen zu verhindern“, denn solche Sammlungen hätten  
öfters nur Sammlungen von 12—200 Mark erbracht.“  
„Solche Sammlungen sind aber erstlich allgemein unbe-  
liebt und sie geben reicheren Leuten Veranlassung, nur Bei-  
träge von 10—20 Mk. zu zeichnen, dadurch wird ein gutes  
Resultat der Sammlung gefährdet!“ Nicht übel! Aber  
man sollte doch glauben, dass die Vorkommnisse im Pom-  
merbankprozess den Sammelleiter ein wenig lähmen soll-  
ten. Auffallend ist auch der direkte Verkehr mit den Ver-  
waltungsapparaten!

Das preussische Herrenhaus hat heute die Klein-  
bahnvorlage beraten; in der Generaldebatte bemerkte Graf  
Mirbach, dass er dem Minister dankbar sei für die Ver-  
sicherung, dass die Kommission, so beschloß auch das Plenum die  
Genehmigung der Vorlage. In sehr kurzer Debatte wurde  
darauf auch die märkische und pommerische Meliorations-  
vorlage an eine Kommission verwiesen. Nächste Sitzung  
morgen.

Die bayerische Wahlreform gefallen. Die ver-  
einigten Ausschüsse der bayerischen Kammer der Reichsräte  
haben am Montag den von der Abgeordnetenkommission mit  
bloß einfacher, statt der erforderlichen Zweidrittel Majorität  
beschlossenen Wahlreformentwurf einstimmig abgelehnt.

In der Kammer der bayerischen Abgeordneten  
brachten Remminger und andere Mitglieder der freien  
Bewegung den Antrag ein, an die Krone die Bitte zu  
richten, eine Aenderung der Verfassung in der Richtung

herbeizuführen, daß die Regentenschaft auch bei Lebzeiten des  
andauernd willenlosen Königs ein Ende finden kann. Bisher  
hat der Prinzregent sich diesem Volkswunsche gegenüber  
ablehnend verhalten. Es war aber auch nie ein offizielles  
Ersuchen der Volksvertretung an ihn gelangt. Dies soll  
jezt geschehen.

Der zweite Senat des Oberlandesgerichts zu Braun-  
schweig verwarf am 23. d. M. die Berufung des Grafen  
Eivry gegen das Urteil des Landgerichts vom 8. Juli  
vorigen Jahres, durch welches seine Ansprüche gegen die  
Erben des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, den Herzog  
von Cumberland und den König von Sachsen, sowie gegen  
die Stadt Gens als Universalerbin des Herzogs Karl von  
Braunschweig abgewiesen worden waren.

Das neue Montagblatt des Genossen Bernstein  
ist ein herzlich unbedeutendes Unternehmen; der sozial-  
demokratische Parteivorstand hat es bekanntlich schon auf  
den sozialdemokratischen Jubel gesetzt, ehe auch nur eine  
Nummer erschienen war. Wir hatten kürzlich Gelegenheit,  
sämtliche bis jetzt erschienenen Nummern durchzusehen und  
haben dabei das eine gefunden, daß Bernstein sich ängst-  
lich bemüht, irgendwo den Revisionisten zu zeigen; im  
Gegenteil er betont fast in jeder Nummer, daß der Unter-  
schied zwischen ihm und Veibel fast gleich null sei; sie alle  
bildeten eine „revolutionäre Rasse“. In der Nummer  
vom 6. Juni findet sich gar folgende hübsche Stillblüte:  
„Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Veibel und Bern-  
stein könnten noch viel größer sein, als sie sind, so würden  
sie für die „Post“-Leute doch so wenig bemerkbar sein, wie  
für die Erdbebenwahrer Entfernungen von Hunderten von  
Meilen auf dem Sirius eine Rolle spielen.“ Aus dieser  
Versteinischen Phantasie schaut der Orientale fast heraus!  
Was uns aber bei der Lectüre dieses neuen Unternehmens  
große Heiterkeit bereitet hat, das ist die Devise des Blattes,  
die da lautet: „Demokratie, Sozialismus, Fortschritt.“  
„Aber, Ede, so was jagt man nicht!“ wird Genosse Auer  
wohl dem Herausgeber geschrieben haben! „Freie Fortschritt!“  
wo der Parteivorstand alles getan hat, um das Kind  
garnicht ins Leben eintreten zu lassen! Die Macht der  
Presse ist großartig!

Die jüdischen Telegraphenbureaus. In England  
hat sich das angesehenste katholische Organ Londons,  
„Catholic Times“, in wiederholten Protesten gegen das  
Telegraphenbureau Meuter in London gewandt, welches die  
gesamte Presse Englands, Irlands, der englischen Kolonien,  
aber auch das übrige Ausland (wie unsere Veier aus dem  
Telegrammteil wissen) mit seinen Nachrichten bedient, in  
letzter Zeit aber speziell mit seinen gefärbten und mit Kom-  
mentaren verriebenen Telegrammen über den Kulturkampf  
in Frankreich und speziell über den Konflikt Frankreichs  
mit dem Vatikan den kulturkämpferischen, freimaurerlich-  
jüdischen Tendenzen dient. Das Bureau Meuter ist von  
einem Juden, der aus Deutschland nach England über-  
siedelte und im Jahre 1871 vom Herzog Freiherrn von  
Sachsen-Koburg-Gotha unter dem Namen eines Freiherrn  
von Meuter in den Adelsstand erhoben wurde, gegründet  
worden und ist jetzt eine Aktiengesellschaft, deren Betriebs-  
leiter der Sohn des Begründers geworden ist. Die Beglei-  
tungen des Bureaus zu den Börsen- und Handelskreisen  
sind bekannt, und welcher Art seine politischen Beziehungen  
sind, ergibt sich aus seiner tendenziösen Berichterstattung.  
Das gibt uns Anlaß, darauf hinzuweisen, daß überhaupt  
alle großen Telegraphenbureaus in Judenhänden sind,  
und daß auch, wo dies nicht der Fall sein konnte, Juden in  
denselben in hervorragender Weise tätig sind. In Frank-  
reich wie in Italien ist die antikatholische Presse in den  
Händen von Juden, und diese sind es, welche in dem An-  
stiften und Fördern von Streitigkeiten zwischen Kirche und  
Staat ihr geschäftliches Interesse zu finden glauben. So  
auch in Frankreich die Telegraphenagentur „Gavas“, in  
Italien die Agentur „Stevani“, und zu diesen gesellt sich  
in neuester Zeit mit Eifer in England die Agentur „Meu-  
ter“, die sich in Feindseligkeit gegen die katholische Kirche  
und deren Oberhaupt erhebt. Dieses literarische Judentum  
ist es also, welches die „öffentliche Meinung“ auf der gan-  
zen Welt macht, und die Hauptschuld an der wachsenden  
Feindschaft gegen alles Christliche und besonders alles Ka-  
tholische trägt und Konflikte zwischen Kirche und Staat,  
Kirche und Volk schafft, wo sie nicht vorhanden sind. Mit  
Recht wird aus diesem Anlaß in der „Germania“ daraus  
die Folgerung abgeleitet: die Katholiken aller Welt sollten  
aus der immer bedrohlicher werdenden unstilllichen Ueber-  
macht der politischen Geschäftspresse lernen, daß sie sich  
fester zusammenzuschließen müssen gegen diese größte Ge-  
fahr. Auch die Katholiken müssen sich aus ihrer Apathie  
gegenüber dieser schädlichen Fabrication der „öffentlichen  
Meinung“ aufraffen. Die katholische Presse ist wohl im-  
stande, sich eine eigene internationale Telegraphenagentur zu  
halten mit Zweigniederlassungen in allen Ländern und so  
gar mit der festeren Aussicht, auch die unabhängige Presse,  
welche der tendenziösen Berichterstattung überdrüssig ist,  
als Rundschaff zu erlangen. Vor allen Dingen muß die  
Presse, welche sich als unabhängig bezeichnet, gegen das  
Aufdrängen tendenziös gefärbter Neuigkeiten Front  
machen, und es wäre zu wünschen, daß der jüdische geschäft-  
liche Zusammenhalt zwischen Presse und Judentum für die  
Katholiken das Beispiel abgebe, wie sie in Massen- und  
Einzelpetitionen sich derartige Berichterstattung verbitten.

#### Oesterreich-Ungarn.

Der vormalige Präsident des Obersten Gerichts-  
hofes, geheimer Rat Dr. Karl von Stremayr ist am 22. d.  
M., 71 Jahre alt, in Vottschach gestorben. Der Name  
Stremayr ist mit einer der besagenswertesten Epochen der  
österreichischen Staatsgeschichte eng verknüpft: er war es,  
der im Jahre 1870 als Unterrichtsminister des Kabinetts  
Potocki das Konordat zerbrach, dem Liberalismus zu  
seinem höchsten Triumph verhalf und gegen die Katholiken  
Oesterreichs auch in der Folge Schlag auf Schlag führte.  
Am 3. Februar 1870 trat er als Minister für Kultus und  
Unterricht in das Kabinett Casner. Am 12. April 1870  
schied er mit dem Rücktritt des Kabinetts Casner aus  
seinem Amte und wurde zum Posten beim Obersten Ge-  
richtshof ernannt. Aber schon am 30. Juni 1870 trat er  
wieder als Unterrichtsminister in das Ministerium Potocki  
ein. Am 4. Februar 1871 schied er mit dem Kabinett Po-

tocki neuerlich aus dem Ministerium. Am 26. November  
1871 wurde er mit der Aera Kuersberg zum drittenmal  
zum Unterrichtsminister ernannt. Er begann mit der Aus-  
wertung von 600 000 Gulden zur Unterstüßung der Zee-  
forger von tabelloser „staatsbürgerlicher Haltung“. 1872  
ordnete er in einem Rundschreiben an, daß der Mißbrauch  
der Kanzel strafrechtlich zu verfolgen sei, was dann auch in  
einzelnen Fällen geschah. Im Juni 1872 erschien der Er-  
lass gegen die Jesuitenakademie in Innsbruck, der das Wahl-  
recht im akademischen Senate abgeprochen wurde. Als  
dann der neue Rektor nur von den drei weltlichen Fakul-  
täten in den Tiroler Landtag entsendet wurde, ließ die ka-  
tholische Majorität die Angelobung des Rektors nicht zu.  
Der Landtag wurde gleich darauf geschlossen. Gleichzeitig  
ging Stremayr daran, die Zahl der geistlichen Gymnasien  
durch Mündigung der mit denselben geschlossenen Verträgen  
zu mindern. Daneben aber ließ er den Obmann des öster-  
reichischen Lehrervereines, als derselbe im Juni 1873 gegen  
die Schulgebetordnung Stremayrs Protest erhob, der Stelle  
als Schulinsektor entheben und den Verein auflösen. Im  
Juni 1873 hob er seinen Erlass wider die Jesuitenakademie  
in Innsbruck selbst wieder auf. Es folgten im Jahre 1875  
das Religionsfondssteuergesetz und das Gesetz über die  
äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche. Andere  
Gesetze, wie das Klostersgesetz und das Gesetz über die Re-  
form der katholischen Studien gelangten nicht mehr zur  
Ausführung, da einerseits der Widerstand in der Bevöl-  
kerung sich steigerte, andererseits in der liberalen Partei  
Uneinigkeit entstand. Als das Ministerium Kuersberg  
endlich zum Sturze kam, stürzte Stremayr nicht mit, son-  
dern wurde am 15. Februar 1879 mit dem Vorzuge im Mi-  
nisterium betraut und im Kabinett Taaffe, das am 12.  
August desselben Jahres ins Amt trat, übernahm er das  
Justizportefeuille und die Leitung des Unterrichtsmini-  
steriums. Als Justizminister erließ er unter dem 19. April  
1880 die bekannte Sprachenverordnung, gegen welche die  
Linke dann zehn Jahre lang ankämpfte, die aber heute noch  
vollkommen und unangefochten aufrecht steht. Er selber  
entzog sich diesen Kämpfen, indem er am 27. Juni 1880  
aus dem Kabinett Taaffe ausschied. Ins Herrenhaus  
wurde er 1888 berufen.

#### Frankreich.

Der Senat begann am 23. d. Mts. die Beratung  
des Gesetzentwurfs, wonach der Unterricht der Kongre-  
ganisten in Frankreich abgeschafft wird. Chamailard,  
Monarchist, beantragte Vertagung der Beratung. Unter-  
richtsminister Chaumié bekämpfte diesen Antrag, der mit  
188 gegen 68 Stimmen abgelehnt wird. Nachdem noch  
andere Vertagungsanträge abgelehnt waren, nimmt der  
Senat mit 167 gegen 110 Stimmen die von der Regie-  
rung verlangte Dringlichkeit an und beginnt sogleich die  
Generalberatung.

Die Untersuchungskommission in der Kartäuser-  
angelegenheit vernahm am 23. d. M. den Deputierten von  
Grenoble, Bichat, der erwähnt, daß der Prior der Kartäuser  
ihm von dem Besuche einer Persönlichkeit Mitteilung ge-  
macht habe, die ihn, den Prior, um 200 000 Franks für  
eine parlamentarische Gruppe ersucht habe sowie um zwei  
Millionen nach der zugestandenen Genehmigung. Diese  
Persönlichkeit habe vorgegeben, im Namen einer parlamen-  
tarischen Gruppe zu handeln; der Prior habe ihm den  
Namen der Persönlichkeit mit der Verpflichtung genannt,  
ihm nicht bekannt zu geben. Ein Mitglied der Kommission  
tadelte in scharfen Worten, daß Bichat nicht die ganze Wahr-  
heit sage. Bichat erklärt alsdann, er werde bei dem Prior  
darauf bestehen, den Namen der betreffenden Persönlichkeit  
nennen zu dürfen.

Was sagen die Kartäuser selber zu den zwei  
Millionen? Eine interessante Frage, welche einen der  
Redakteure des katholischen Blattes „Momento“ in Turin  
bewog, nach Vinerolo (Italien), den jetzigen Aufenthalt des  
Ordensoberen, hinauszufahren und den Vater Procurator zu  
interviewen. Der Vater befragte ihn („Momento“  
Nr. 166) zwei Dinge: 1. Es sind von den Kartäufern  
200 000 Franken verlangt worden, um eine einflussreiche  
Gruppe in der Kammer günstig zu stimmen, sodann  
2. Zwei Millionen nach der eventuellen Autorisation  
des Ordens. „Was die Namen anbelangt, so kann  
ich, sagte der Kartäuser, nur eines mitteilen: Wir  
warten! Nur wenn wir angeklagt würden oder unsere  
Ehre auf dem Spiel stände, werden wir Namen nennen.“

#### Italien.

Das von Kaiser Wilhelm der Stadt Rom ge-  
schickte Goethe-Denkmal wurde am 23. d. M. in der Villa  
Borghese feierlich enthüllt. Auf dem Festplatze, auf dem  
Truppen Spalier bildeten, versammelten sich die deutsche  
Kolonie, die Minister mit den Spitzen der Behörden, zahl-  
reiche Senatoren und Deputierte. Gegen 6 Uhr traf König  
Viktor Emanuel auf dem Platze ein. Der deutsche Bot-  
schafter Graf Monts hielt folgende Rede:

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, meines er-  
habenen Monarchen, habe ich die Ehre, der Stadt Rom das  
Denkmal des größten deutschen Dichters als Kaiserl. Geschenk  
zu übergeben. Goethe verlebte vielleicht eines seiner glücklichsten  
Jahre in den Mauern dieser Stadt, und unter diesen immergrünen  
Wäldern dichtete er die Joghene, eines seiner herrlichsten Werke.  
Möge das Denkmal, welches wir in der erlauchten Gegenwart  
Sr. Majestät des Königs Viktor Emanuel jetzt enthüllen, in ferne  
Zeiten hinübertragen als Wahrzeichen, wie Germaniens Kaiser  
Deutschlands Dank zum Ausdruck brachte für die Anregungen, die  
Goethes Genies schöpfte aus der Geschichte, Natur und Kunst des  
Landes Italien.

Graf Monts schloß seine in deutscher Sprache ge-  
haltene Rede, indem er auf italienisch den König um die  
Erlaubnis zur Enthüllung des Denkmals bat. Auf ein  
Zischen des Königs fiel hierauf die Hülle des Denkmals,  
die Versammlung brach in jubelnden Weisfall aus und die  
Musik spielte die deutsche und italienische Nationalhymne.  
Hierauf wurden von der Municipalkommission Roms und den  
deutschen Vereinen Kränze am Denkmal niedergelegt. Nun-  
mehr nahm der Bürgermeister Roms Fürst Colonna  
das Wort zu folgender Rede:

Der Alt erhabener Munizipalgen des deutschen Kaisers, den die  
Schönung der Statue des größten deutschen Dichters an die Stadt  
Rom darstellt, wird von der Bevölkerung Roms mit unaussprech-  
licher Dankbarkeit aufgenommen. Roms Bürger sind tief bewegt  
von dem neuen, zu ihren Herzen sprechenden Besende einer Sympathie,  
die mit auferlebener Courtoisie das Feuer herausfindet, was  
die Seelen zweier Völker fest aneinanderknüpft. Die große